

XXII. GP-NR

1896 /AB

2004 -08- 16

Dr. Wolfgang Schüssel
Bundeskanzler

zu 1891 /J

An den
Präsidenten des Nationalrates
Univ.Prof. Dr. Andreas KHOL
Parlament
1017 Wien

Wien, am 16 August 2004

GZ: BKA-353.110/0110-IV/8/2004

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Moser, Kolleginnen und Kollegen haben am 16. Juni 2004 unter der Nr. 1891/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Aufbau einer integrativen Informationsgesellschaft (in Folge des WSIS 2003 in Genf) gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Im Rahmen der von der Abt. V/4 im Bundeskanzleramt wahrgenommenen Koordinierungsfunktion in Fragen der Informationsgesellschaft tagt seit der Vorbereitung auf den Genf-Gipfel eine WSIS-Koordinierungsgruppe. Diese Koordinierungsgruppe, in der neben Vertretern der Bundesministerien, zwischenstaatlicher Organisationen wie der UNESCO, der Wirtschaft und der Sozialpartner auch zivilgesellschaftliche Organisationen (z.B. Frauensolidarität, VIBE etc.) vertreten sind, erörtert kontinuierlich und in regelmäßigen Treffen die wesentlichen Umsetzungsmaßnahmen im WSIS-Kontext. Zurzeit wird an der Erstellung einer WSIS-Broschüre gearbeitet, die eine „Road-Map“ mit konkreten Zeitplänen der Umsetzungsmaßnahmen des WSIS-Aktionsplanes enthalten wird. Diese Road-Map wird Ende 2004 veröffentlicht werden.

Festzuhalten ist freilich, daß viele im WSIS-Aktionsplan aufgelisteten Zielsetzungen von Österreich bereits erfüllt sind (z. B. Anbindung aller Schulen ans Internet) und daß diese Zielsetzungen auch im Kontext mit der Umsetzung des „eEurope 2005“-Aktionsplanes zu sehen sind (vgl. dazu Antwort zu Frage 8).

Zu Frage 2:

Im Lichte dessen, daß viele Fragen der Informationsgesellschaft klassische Querschnittsmaterien sind, die nahezu alle Bundesministerien tangieren, fungiert das Bundeskanzleramt als Koordinierungs- und Informationsstelle. Die in den einzelnen Ressorts mit Fragen der Informationsgesellschaft betrauten Personen(gruppen) treffen sich kontinuierlich zum Erfahrungs- und Informationsaustausch im Rahmen des „Beirats für Informationsgesellschaft“ (BIG), dem seit 1998 im BKA eingerichteten Koordinierungsgremium für Fragen der Informationsgesellschaft. Alle den WSIS betreffenden Fragen werden – neben der WSIS-Koordinierungsgruppe - auch in diesem Gremium erörtert.

Zu Frage 3:

In Bezug auf die in Österreich gesetzten Maßnahmen darf ich auf die Beantwortung der Frage 10 verweisen.

Hinsichtlich der Vorgänge auf UN- und EU-Ebene darf ich festhalten, daß mittlerweile die im WSIS-Aktionsplan angesprochene Einsetzung einer Arbeitsgruppe zu Fragen der „Internet Governance“ durch den UN-Generalsekretär erfolgt ist. Diese Arbeitsgruppe hat folgende Aufgaben:

- die Erarbeitung einer Definition von „Internet Governance“
- die Identifizierung der Fragen, die für die öffentliche Politik relevant sind
- die Erarbeitung eines Konsenses über die Rolle und Verantwortlichkeiten von Regierungen, internationalen Organisationen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft und
- die Vorlage eines Berichtes an das Gipfeltreffen in Tunis 2005.

Überdies wurde in Bezug auf den „Digital Solidarity Fund“ eine ICT Task Force des UN-Generalsekretärs eingerichtet, die die bestehenden Finanzierungsmodalitäten zur Bewältigung der digitalen Herausforderungen zu überprüfen und bis Ende 2004 einen Bericht vorzulegen hat. Auf Grundlage dieses Berichtes sollen Verbesserungen und Erneuerungen der Finanzierungsmodalitäten, einschließlich der allfälligen Gründung eines freiwilligen Digital Solidarity Fund, erörtert werden.

Österreich wird sich im Rahmen der auf EU-Ebene stattfindenden Vorbereitungs-sitzungen für diese UN-Arbeitsgruppen selbstverständlich aktiv beteiligen.

Zu Frage 4:

Die konkreten Maßnahmen zum Aufbau der Informationsgesellschaft, die von den einzelnen Ressorts gesetzt werden, werden aus den jeweiligen Ressortbudgets getragen.

Zu Frage 5:

Die WSIS-Koordinierungsgruppe hat sich dahingehend verständigt, daß sich Österreich für die 2. Gipfelphase in Tunis im November 2005 dem Schwerpunktthema „Content - Kreativitätswirtschaft“ annehmen wird. Diese Thematik soll somit im Rahmen der Vorbereitung für den Gipfel wie auch auf dem Gipfel selbst (eigener Österreich-Stand) die zentrale Rolle in Bezug auf die Österreichische Präsenz in Tunis spielen.

Bislang sind vom Bundeskanzleramt in Zusammenarbeit mit dem World Summit Award und der Arbeitsgemeinschaft „Kreativwirtschaft“ die folgenden Veranstaltungen zum Schwerpunktthema „Kreativität“ geplant:

- Expertentagung zum Thema „Kreativität und IT – Strategien in der Welt-Informationsgesellschaft“ (voraussichtlich im Oktober/November 2004 in Wien)
- Konferenz zum Thema „Kreativwirtschaft und Content“ mit internationaler Beteiligung (Herbst 2005).

Darüber hinaus wird es – so wie im Rahmen des Vorbereitungsprozesses für den Gipfel in Genf - eine Reihe von thematischen Schwerpunktveranstaltungen geben, die sowohl von einzelnen Bundesministerien als voraussichtlich auch von zivilgesellschaftlichen Institutionen und Organisationen durchgeführt werden. Über allfällige Veranstaltungen im Rahmen der Tunis-Vorbereitung wird im Rahmen der Website <http://www.bka.gv.at/wsis> laufend informiert werden.

Zu Frage 6:

Die Koordination der Öffentlichkeitsarbeit wird von der Abt. I/4 im Bundeskanzleramt in Absprache mit dem Herrn Staatssekretär für Kunst und Medien, der auch für die Angelegenheiten der Koordinierung der Fragen der Informationsgesellschaft innerhalb der Bundesregierung zuständig zeichnet, durchgeführt.

Zu Frage 7:

Auf der bereits in Antwort zu Frage 5 angeführten Website des Bundeskanzleramtes: <http://www.bka.gv.at/wsis> werden Informationen, Dokumente, Hinweise und Sitzungsprotokolle laufend veröffentlicht werden.

Zu Frage 8:

Im Rahmen der WSIS-Koordinierungsgruppe werden von den Vertreterinnen und Vertretern der Bundesministerien, der Wirtschaft, der Sozialpartner und der Nicht-Regierungsorganisationen immer wieder Themenstellungen und Fragenbereiche erörtert, die der prioritären Zielsetzung des Weltgipfels, nämlich der Schaffung einer Informationsgesellschaft für alle, Rechnung tragen. Überdies darf ich darauf hinweisen, daß sich diese Zielsetzung mit allen anderen Aktivitäten der Bundesregierung in Bezug auf die Informationsgesellschaft decken, wie etwa der innerstaatlichen Umsetzung des „e-Europe 2005“-Aktionsprogrammes der Europäischen Union. Ich darf hier festhalten, daß etwa die österreichischen Initiativen und Maßnahmen im Kontext „E-Government“ beispielhaft zeigen, wie ein gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden akkordiertes Bündel von Maßnahmen, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger höchst erfolgreich auf Schienen gestellt wurde.

Überdies steht die WSIS-Koordinierungsgruppe selbstverständlich mit anderen Informationsgesellschafts-Umsetzungsgremien in regem Informationsaustausch, d.h., daß über den jeweiligen Diskussionsprozeß zum WSIS etwa im „Beirat für Informationsgesellschaft“ (BIG) kontinuierlich berichtet wird.

Zu Frage 9:

Die Vorbereitung auf den WSIS-Tunis Gipfel soll – so wie dies bereits für den Gipfel in Genf im Jahre 2003 geschehen ist – mit größtmöglicher Transparenz und unter Einbeziehung aller interessierten Kreise erfolgen. Die bereits in der Beantwortung der Frage 7 erwähnte Website des Bundeskanzleramtes <http://www.bka.gv.at/wsis> soll auch als Kontaktmöglichkeit und Mitteilungsplattform für alle im WSIS-Kontext geplanten Vorhaben und Veranstaltungen fungieren. Darüber hinaus kann jeder/e Einzelne seine Anregungen und Vorstellungen übermitteln, die dann in die WSIS-Koordinierungsgruppe erörtert werden.

Zu den Fragen 10 und 11:

In Beantwortung dieser Fragen darf ich vorab festhalten, daß die Bundesregierung beim Auf- und Ausbau der Informationsgesellschaft in Österreich als oberste Zielsetzung die Vermeidung von digitalen Klüften vor Augen hat - im Interesse einer informationgesellschaftlichen Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger.

Die im Folgenden beispielhaft angeführten Maßnahmen aus dem Bereich E-Inclusion sind lediglich eine kleine Auswahl aus einer Vielzahl von Initiativen und Best-Practice-Modellen, die von Bund, Ländern und Gemeinden, in Kooperation mit sozialpartnerschaftlichen Einrichtungen, der Wirtschaft, Nicht-Regierungsorganisationen, privaten Organisationen und Vereinen etc. gesetzt werden.

Maßnahmen für Senioren/innen (in Auswahl):

Das Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSGK) fördert die Website www.seniorweb.at, eine Internetplattform von Senioren/innen für Senioren/innen.

Um die Hemmschwelle älterer Menschen gegenüber dem Internet abzubauen, werden im Rahmen der vom BMSGK geförderten „Bürgerbüros für Jung und Alt“ Internetschulungen von Schüler/innen für Senioren/innen angeboten.

Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen (in Auswahl):

Im Rahmen der Beschäftigungsoffensive für Menschen mit Behinderungen unterstützt das BMSGK unter dem Schwerpunkt „Technologieoffensive“ nachhaltige Maßnahmen zur Förderung der Zugänglichkeit zu Informations- und Kommunikationstechnologien.

Das BMSG fördert ferner im Rahmen von überregionalen Projekten, die von gemeinnützigen Organisationen der freien Wohlfahrtspflege auf den Gebieten der Behindertenhilfe und Pflegevorsorge durchgeführt werden, auch den Aufbau von Informationsplattformen im Internet. So eröffnet etwa die Datenbank HANDYNET (<http://handynet-oesterreich.bmsg.gv.at/>) den behinderten Menschen, deren Angehörigen sowie auch den Fachleuten der Rehabilitation und den Beratungseinrichtungen, den Überblick über das vielfältige Angebot an technischen Hilfsmitteln.

Maßnahmen für Jugendliche und Schüler (in Auswahl):

Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK) hat die so genannte E-Fit-Strategie entwickelt, die den Bereich des lebensbegleitenden Lernens – eingebunden in die Zielsetzungen des Lissabon-Prozesses - mit etlichen Initiativen zur Vermittlung von IKT-Skills und zur Steigerung der IKT-Kompetenzen inkludiert.

Neben der rein technischen Ermöglichung und Vermittlung der notwendigen IKT-Anwendungskennntnisse stehen bei Maßnahmen für Schüler/innen und Jugendliche auch die Förderung des Verständnisses und die kritisch-analytische Auseinandersetzung mit Technologie/Medien im Mittelpunkt. Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK) hat die Website www.mediamanual.at eingerichtet, die als Plattform für Medien- und Kommunikationsinteressierte fungiert, die sich über Medien- und IKT-Wirkungen informieren wollen oder selbst mit Medien arbeiten möchten.

Das BMSGK unterstützt durch verschiedene Maßnahmen die Steigerung der „Internetkompetenz von Jugendlichen“. Beispielhaft sei hier die in Zusammenarbeit mit der ISPA erstellte Broschüre „Safer Surfen“ genannt, und die in Zusammenarbeit mit dem Land Oberösterreich und dem Verein ACOS jährlich herausgegebene Broschüre und CD-ROM „Tipps für Computerspiele“.

Zu Frage 12:

Vorab darf ich anmerken, daß eine umfassende Einholung aller Ausgaben für bewußtseinsbildende und aufklärende Maßnahmen, deren es bekanntlich nahezu in jedem Ressort sehr viele gibt, zeit- und ressourcenmäßig den Rahmen sprengen würde. Ich darf mich daher in diesem Zusammenhang auf Ausgaben des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSGK) beschränken, da in diesem Ressort die meisten E-Inclusion-Maßnahmen durchgeführt werden.

- Bereitstellung von (jugend)spezifischen Informationsmaterialien wie Broschüren, Freecards etc. sowie einer eigenen Website www.jugendinfo.at, die zurzeit zu einem österreichischen "Jugendportal" umgestaltet wird; (geplanter Gesamtaufwand im Jahr 2004 Euro 130.000,-)
- Die Maßnahmen rund um das Weißbuch "Neuer Schwung für die Jugend Europas" verfolgen die Zielsetzung, politische Funktionäre/innen, Multiplikatoren/innen sowie alle gesellschaftlichen Gruppen über die jugendpolitischen Anliegen der Europäischen Kommission zu informieren und zu sensibilisieren. Sie umfassen dabei Websites, Videos, Flyer, Informationsmappen etc. (geplanter Gesamtaufwand im Jahr 2004 Euro 120.000,-)
- ISPA-Broschüre „Safer Surfing“; (einmalige Förderung im Jahr 2004 in der Höhe von Euro 10.500,-)
- CD-ROM „Tipps für Computerspiele“ (jährliche Kosten in der Höhe von Euro 11.000,-)
- Internetplattform www.freiwilligenweb.at: Die 2001 eingerichtete Website www.freiwilligenweb.at hat sich zwischenzeitlich zu einer echten IT-Freiwilligenplattform im Internet entwickelt. (Aufwand für 2004: Euro 9.100,-)
- Darüber hinaus werden die Websites aller Bundesministerien – sofern dies noch nicht geschehen ist – barrieregerecht „aufgerüstet“. Die Kosten für die Implementierung bzw. Umsetzung der WAI-Richtlinien lassen sich jedoch auf Grund der Vermengung mit anderen Ausgaben, die sich im Zusammenhang mit den jeweiligen Websites ergaben, jedoch nichts mit der Barrierefreiheit zu tun haben, nicht eigens aufschlüsseln. Die Website des BMSGK www.bmsg.gv.at, die bereits die WAI-Kriterien (Barrierefreiheit) erfüllt, verfügt darüber hinaus allerdings auch über einen so genannten "Readspeaker". Mittels Sprachmodul werden Texte der Website übersetzt und somit Menschen mit wie immer gearteten visuellen Behinderungen akustisch näher gebracht. Die Kosten für die Implementierung dieses Moduls beliefen sich auf 7.820 Euro.
- Der Internet Ombudsmann (www.ombudsmann.at) wird vom BMSGK für die Jahre 2004-2006 jeweils mit 60 000 Euro pro Jahr gefördert.

Zu Frage 13:

In Beantwortung dieser Frage darf ich daran erinnern, daß sich Österreich in der Vorbereitung des WSIS-Gipfelevents in Genf und am WSIS-Gipfel selbst nachhaltig dafür eingesetzt hat, daß die globale Informationsgesellschaft nur unter Achtung und Förderung der Menschenrechte und Grundrechte funktionieren kann, wie dies auch in den Abschlußdokumenten zum Gipfel zum Ausdruck kommt.

Konkrete Maßnahmen:

Über österreichische Initiative wurde in Vorbereitung des Weltgipfels ein Expertensymposium zum Thema „Human Rights, Human Dignity and Information Society“ veranstaltet und dessen Schlußdokument anlässlich der dritten Tagung des Vorbereitungsausschusses unter den Teilnehmern zirkuliert. Damit im engen Zusammenhang ist auch eine von dem in Kanada lehrenden Österreicher von Universitätsprofessor Dr. Peter Leuprecht gestaltete Informationsveranstaltung zum Thema Menschenrechtserziehung und Informationstechnologie zu erwähnen. Professor Dr. Leuprecht war im Rahmen des Genf-Gipfels auch als Vertreter der Zivilgesellschaft eingeladen, um am Runden Tisch der Staats- und Regierungschefs zum Thema „Creating Digital Opportunities“ teilzunehmen.

Ges. Dr. Walther Lichem, Mitglied der Österreichischen Delegation in Genf, war vom Verband afrikanischer Menschenrechtsorganisationen gebeten worden, bei einem Side-Event zum Genf-Gipfel zum Thema „Menschenrechte und Solidarität“ zu sprechen.

Österreichische Position zum Austragungsort der 2. Gipfelphase:

Die Wahl von Tunis als Austragungsort für das zweite Gipfeltreffen zur Informationsgesellschaft im November 2005 hat auf Grund der Menschenrechtsslage in Tunesien im Vorfeld des Gipfels in Genf kritische Reaktionen hervorgerufen. Österreich begrüßt zwar die Abhaltung des zweiten Gipfels in Tunis, hält es aber für erforderlich, daß alle Gastländer und Institutionen, die einen Beitrag zum WSIS-Prozeß leisten, die in der Genfer Grundsatzerklärung enthaltenen (Menschenrechts-) Prinzipien achten und umsetzen. Die Menschenrechtsfrage wird von der EU im Rahmen der PrepComs für Tunis angesprochen.

Zu Frage 14:

In diesem Zusammenhang darf ich darauf verweisen, daß im Rahmen der Universalienverpflichtung von der Telekom Austria (TA) mehrere Schwerpunkte gesetzt werden:

Die TA tauscht seit Mitte 2003 einzelne öffentliche Telefonzellen (es gibt derzeit etwa 23.000) gegen so genannte „MultimediaStations“ aus. Bisher existieren etwa 500 solcher Telefonzellen, die auch einen Breitband-Internetzugang enthalten, bis Ende 2005 sollten 1200 derartiger Telefonzellen zugänglich sein.

Mit Juni 2004 wurden nun vorerst 26 dieser „MultimediaStations“ auch mit WLAN Access Points ausgestattet, die im Umkreis von etwa 100 Metern einen öffentlichen Breitband-Internet Zugang bieten.

Überdies darf ich darauf hinweisen, daß auf Initiative des BMSGK in einer Vielzahl von Jugendzentren bzw. auch Jugendinformationsstellen so genannte „Internetcorner“ eingerichtet und Maßnahmen der Vermittlung des Umgangs mit dem Internet gesetzt werden. Seitens des BMSGK wurden etliche dieser Internetcorner auch gefördert.

Zu Frage 15:

In diesem Zusammenhang darf ich auf die Breitbandinitiative des Bundesministeriums für Verkehr, Infrastruktur und Technologie (BMVIT) verweisen, in deren Rahmen derzeit in Zusammenarbeit mit den Bundesländern ein Förderprogramm, die Sonderrichtlinie BREITBANDINITIATIVE, mit einer Fördersumme von 10 Mio. Euro erstellt wird und die unter Inanspruchnahme von EU-Strukturfondsmitteln eine Infrastrukturinvestition von 100 Mio. Euro auf dem österreichischen Markt bewirken wird.

Mit der Sonderrichtlinie BREITBANDINITIATIVE sollen die ländlichen, bislang nicht versorgten Regionen Österreichs mit einer Breitbandinfrastruktur versorgt werden, um nicht weiterhin in ihrer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung benachteiligt zu sein. Es geht dabei vorrangig darum, Chancengleichheit zu generieren, um die digitale Kluft zu verringern und um zu verhindern, daß unsere Gesellschaft sich nicht in zwei Lager spaltet: in Breitband- und Schmalband, in eine Online- und eine Offline-Gesellschaft. Auch soll damit eine bundesweit einheitliche Vergabe der Förderungen sichergestellt werden.

Zu Frage 16:

Die WSIS-Koordinierungsgruppe und die Website <http://www.bka.gv.at/wsis> bietet allen Interessierten die Möglichkeit, sich mit Vorschlägen und Anregungen in den Vorbereitungsprozeß für den Tunis-Gipfel einzubringen (siehe auch Beantwortung zu Frage 9)

Zu Frage 17:

Der globale Ansatz des WSIS bietet Österreich die Möglichkeit, für viele andere Staaten ein gutes Beispiel für richtunggebende Entwicklungen in der Informationsgesellschaft abzugeben.

Nicht zuletzt deshalb wird sich die österreichische Schwerpunktsetzung für die zweite Phase des Gipfels in Tunis mit dem Thema Content und Kreativwirtschaft beschäftigen, zumal dieses Feld der Wertschöpfung auch weniger entwickelten und an natürlichen Ressourcen armen Staaten die Möglichkeit eröffnet, von den positiven Erfahrungen anderer zu lernen und diese nutzbringend zu verwerten.

Da bekanntlich die Initiative „eEurope 2005“ auf Gemeinschaftsebene nahezu deckungsgleiche Zielsetzungen verfolgt wie der WSIS, darf in diesem Zusammenhang auch auf die umfangreichen Aktivitäten der Mitgliedstaaten im Bereich des Leistungsvergleichs in Europa verwiesen werden.

Da das Benchmarking zentrales Element der Methode der offenen Koordinierung ist, werden in den Gremien immer wieder Best-Practice-Beispiele einzelner Länder hervorgehoben, die anderen zum Vorbild dienen.

Beispiele für diesen kontinuierlichen Erfahrungs- und Informationsaustausch gibt es viele: Ich darf auf das "Digital Divide Forum" verweisen, eine Plattform, die sich insbesondere mit vorbildlichen Initiativen und Lösungsansätzen zur Überwindung der digitalen Kluft beschäftigt – ein Thema, dem die österreichische Bundesregierung größte Bedeutung zumißt. Daneben bestehen ähnliche Plattformen für das gegenseitige Lernen und den Austausch von zukunftssträchtigen Lösungen im Bereich des E-Government oder auch bei der Unterstützung der kleinen und mittleren Unternehmen in Fragen des elektronischen Geschäftsverkehrs durch ein eigenes "Enterprise Interoperability Network" oder das bestehende "E-Business Support Network".

Zu Frage 18:

In diesem Zusammenhang darf ich Sie auf die herausragende Arbeit von Univ. Prof. Dr. TJOA (Mitglied der Österreichischen Delegation für den Genf-Gipfel) und seinem Team vom Institut für Softwaretechnik der Technischen Universität in Wien aufmerksam machen, der in Zusammenwirken mit Univ. Prof. Dr. RODE von der Universität Innsbruck eine innovative CD-ROM mit ICT-Benchmark-Tools entwickelt hat. Die hierfür verwendeten IKT-Indikatoren sind wesentlich genauer und auf die entsprechenden Bedürfnisse der einzelnen Länder abgestimmt, als bisher zum Einsatz gekommene und können somit den Stand der ICT-Entwicklung detaillierter dokumentieren. Eine CD-Rom dieser Software wurde im Rahmen des WSIS-Gipfels in Genf verteilt. Diese nach Ländern geordnete Erfassung des Entwicklungs- und Anwendungsgrades im Bereich der IKT konnte großes Interesse hervorrufen.

Zu Frage 19:

Seitens des Bundes sind keine derartigen Fonds vorgesehen.

Zu Frage 20:

Österreich hat in der Vorbereitung der Phase 1 des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft sich aktiv engagiert, die Teilnahme und Mitwirkung internationaler Organisationen und der von diesen behandelten Dimensionen der Informationsgesellschaft in den Vorbereitungsprozeß einzubringen. Dazu zählt eine in Genf am Sitz der VN durchgeführte und von der Menschenrechtsorganisation PDHRE gemeinsam mit dem UNHCHR organisierte Tagung zu den Menschenrechtsaspekten von ICT. Überdies war Österreich aktiv in die Gestaltung einer vom CERN und IXU organisierten Konferenz zur Rolle der Wissenschaft in der Informationsgesellschaft engagiert (Bot. Dr. Lichem am Visionary Panel mit Staatspräsident Illiescu und dem Erfinder des WWW.)

Österreich hat sich in PrepCom 1 für die Phase 2 des Weltgipfels in Tunis im Jahre 2005 für ein breiteres Verständnis des WSIS-Prozesses eingesetzt, wonach das gesamte UN-System Wissenschaftsstrukturen und internationale Zivilgesellschaft eingeladen werden soll, ihre Interessen, Betroffenheiten und Opportunitäten der Informationsgesellschaft zu artikulieren und in das Gipfelereignis einzubringen. Unter österreichischer Mitarbeit sind folgende Konferenzen in Vorbereitung:

- Internationale Konferenz zu IKT und Kreativität (in Zusammenarbeit mit UNESCO), Wien, Frühjahr 2005
- Internationale Konferenz zu Wissenschaft und Informationsgesellschaft, Triest, März 2005
- Internationale Konferenz zu Weltraumtechnologie und Informationsgesellschaft, EURISY/UN-OOSA/ESA/UNESCO, Paris, Mai 2005

Zu Frage 21:

Die österreichische EZA ist sich der Rolle der IKT durchaus bewußt. Der mangelnde Zugang zu IKT kann dazu beitragen, den Entwicklungsrückstand vieler Entwicklungsländer zu vergrößern (Stichwort: „digital divide“). Es ist daher wichtig dem entgegenzuwirken.

IKT werden - wo zweckmäßig - in alle neuen Projekte bzw. Programme der österreichischen EZA integriert. Es gibt allerdings – außer Investitionen in den Telekommunikationssektor - keine spezifischen IKT Sektorprogramme. IKT wird aber in die vorhandenen Sektorstrategien integriert. Vor allem Projekte in den Bereichen Erziehung/Bildung, KMU (Klein- und Mittelbetriebe) sowie Aufbau von Institutionen berücksichtigen den IKT-Aspekt durchgehend.

Projektbeispiele:

- Nepal: Der Bau eines Kleinkraftwerkes in Nepal auf 3000 m Seehöhe ermöglichte die Verlegung von Telefonleitungen
- Bhutan: Im Rahmen eines Lehrerausbildungsprogrammes („Train the trainers“) kam es zum Aufbau eines Ausbildungs- und Kommunikationszentrums
- Simbabwe: Internetprojekte, Förderung und Schaffung von Web Sites für örtliche KMUs
- Afrika: Unterstützung der Bildungsministerien bei Ausstattung mit IKT-Know-how und IKT Ausrüstung
- Nord-Süd: Unterstützung von wissenschaftlichen Netzwerken zur Förderung des Nord-Süd Austausches von Erfahrungen und Information im Bildungsbereich; Einsatz von IKT bei der Verwaltung von Micro-Finance Projekten; Einsatz von IKT bei Fernbildungskursen in Nicaragua und Uganda, etc.

Die Millenniumsziele gehen nicht prominent auf den IKT-Bereich ein. Dieser wird als Unterbereich des Zieles Nr. 8 (globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung) genannt.

Im Rahmen der Beschlüsse des Europäischen Rates von Barcelona im Jahre 2002 bzw. der danach in Monterrey gemachten Zusagen der Europäischen Union ist Österreich eingebunden in einen gemeinsamen Zeitplan zur Anhebung des ODA Anteils auf mindestens 0,33% des BNP im Jahr 2006.

Zu Frage 22:

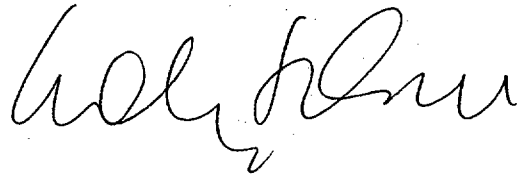
Der Präsident des Bundesinstituts für internationalen Bildungs- und Technologietransfers (BIB), Herr Univ. Prof. Dr. Bernd RODE, ist Mitglied der WSIS-Koordinierungsgruppe und nimmt an deren Sitzungen regelmäßig teil.

Zu Frage 23:

Wie in der Beantwortung zu Frage 21 ausgeführt, wird IKT im Rahmen der Österreichischen-EZA als Querschnittmaterie betrachtet. Aus diesem Grund und infolge der überschaubaren Struktur der Österreichischen-EZA wurde und wird die Einrichtung einer eigenen IKT-Gruppe für nicht notwendig erachtet.

Zu Frage 24:

Eine finanzielle Unterstützung für eine externe Einrichtung wird – nicht zuletzt auf Grund der angespannten Budgetsituation – derzeit nicht in Aussicht genommen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Wolfgang', is located in the lower right quadrant of the page.